

info0123

Zweimonatige Informationen der AG International Dorfen ★ Jan/Feb 2023

Verhandeln statt Schießen – Abrüsten statt Aufrüsten

Im Folgenden dokumentieren wir den Aufruf zur Demonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz am 18.2.23 in München:

Wir mobilisieren gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz (SIKO), die vom 17. bis 19. Februar 2023 in München stattfindet. Dort treffen sich Staats- und Regierungschefs sowie Politiker*innen mit Spitzenmilitärs, mit Vertreter*innen von Großkonzernen und der Rüstungsindustrie. Die NATO-Staaten geben dort den Ton an. Ihnen geht es um die Sicherung der strategischen Vormachtstellung westlicher kapitalistischer Staaten und ihrer Konzerne, nicht um die Sicherheit der

Menschen, weder hier noch anderswo auf der Welt. Die SIKO dient vor allem dazu, sich über eine gemeinsame Strategie der NATO-Staaten gegen die Rivalen Russland und VR-China zu verständigen. Vor allem aber soll die Aufrüstung der NATO vorangetrieben und gerechtfertigt werden.

Gegen jeden Krieg

Im Gegensatz zu unseren Regierungen, die die Kriege der NATO-Staaten gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen etc. gerechtfertigt und unterstützt haben treten wir kompromisslos gegen jede Anwendung militärischer Gewalt gegen andere Län-

der ein. Deshalb verurteilen wir den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit verbundene Annexion ukrainischen Territoriums. Der Krieg hat bereits zu zehntausenden Toten und Verletzten, zu ungeheuren Zerstörungen und Millionen Geflüchteten geführt. Dieser Krieg droht immer weiter zu eskalieren und kann in einer Katastrophe mit dem Einsatz von Atomwaffen enden.

Zur Vorgeschichte gehört: 2014 hatten die Verwaltungsbezirke Donezk und Lugansk im Donbas ihre Unabhängigkeit erklärt, weil sie den auf die Maidan-Proteste folgenden rechten Putsch nicht

Allein machen sie dich ein ...

Deshalb solltest du dich mit Gleichgesinnten zusammenschließen, zum Reden, Lernen, Handeln - z.B. mit uns? Interesse? Dann schreib uns oder sprich uns auf Veranstaltungen an.

Das **info** der Arbeitsgemeinschaft International Dorfen erscheint jeden ungeraden Monat und ist gratis. Es liegt in Kneipen und Läden in Dorfen und Umgebung aus und kann auf agi-dorfen.org/info heruntergeladen werden.

Wer Termine oder Texte in diesem **info** veröffentlichen will, schickt dies bitte per Email an info@agi-dorfen.org. Wir behalten uns jedoch vor, zugesendetes Material aus inhaltlichen oder technischen Gründen nicht zu veröffentlichen.

Herausgeberin:
AG International Dorfen

Internet:
www.agi-dorfen.org

Kontakt:
info@agi-dorfen.org

V.i.S.d.P.:
Stefan Brandhuber
Mühlangerstr. 12
84405 Dorfen

*Eigendruck im
Selbstverlag*

mitmachen wollten. Seitdem versucht die ukrainische Regierung, diese Gebiete mit militärischer Gewalt zurückzuerobern. Zur Vorgeschichte gehört insbesondere die massiv vorangetriebene NATO-Osterweiterung, die Aufkündigung aller gemeinsamer Rüstungsbegrenzungsabkommen durch die USA und die beabsichtigte Aufnahme der Ukraine in die NATO. Das alles wurde von Russland als zunehmende Bedrohung wahrgenommen. Von Russland geforderte Sicherheitsgarantien wurden von der NATO rundweg abgelehnt. Dieser von uns seit Jahren kritisierte Konfrontationskurs rechtfertigt auf keinen Fall den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Der Krieg in der Ukraine muss beendet werden.

Wir treten ein:

- Für einen sofortigen Waffenstillstand und für Verhandlungen!
- Die einzige Alternative zum Krieg ist eine Verhandlungslösung.
- Immer mehr westliche Waffenlieferungen beenden nicht den Krieg, ebenso wenig wie die Fortsetzung der Kriegshandlungen Russlands.
- Für gegenseitige Sicherheitsgarantien für Russland und die Ukraine
- Ein Beitritt der Ukraine in die NATO muss ausgeschlossen

sen werden und Russland muss die territoriale Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine garantieren.

- Für die Beendigung aller Wirtschaftssanktionen
- Sie sorgen vor allem im Globalen Süden, aber auch in Europa und Russland für Armut, Hunger und Tod, während die Kriegstreiber meist unversehrt bleiben.
- Wir sind solidarisch mit den Friedenskräften, den Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren in Russland und der Ukraine.

Stoppt die Aufrüstung Deutschlands und der NATO

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine dient jetzt als Vorwand für ein gigantisches, seit langem geplantes Aufrüstungsprogramm. Die Militärausgaben Deutschlands sollen in den kommenden Jahren, zusammen mit dem jährlichen Anteil aus dem 100 Mrd. „Sondervermögen“ zur Aufrüstung der Bundeswehr, von 50,3 auf rund 70 bis 80 Mrd. Euro jährlich ansteigen. Deutschland katapultiert sich damit auf den dritten Platz bei den weltweiten Rüstungsausgaben. Wir treten ein für Abrüstung und eine Politik der Entspannung

Wir fordern:

- Statt Milliarden für die klimaschädliche Aufrüstung, Investitionen in den Klima-

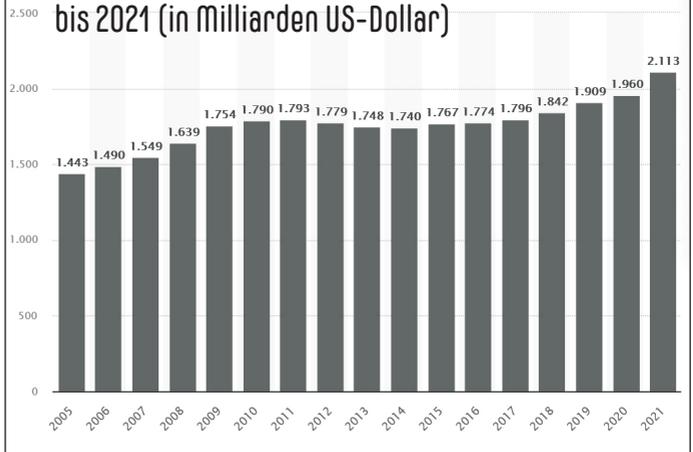
schutz, die UN-Flüchtlings- und Welthungerhilfe, in die Sozialsysteme, das öffentliche Verkehrs- und Gesundheitswesen, in Bildung und Kultur

- Für die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, den Austritt Deutschlands aus dem NATO-Kriegsbündnis und allen Militärstrukturen der EU
- Keine Anschaffung von bewaffneten Drohnen
- Keine US-Kampfflugzeuge für den Einsatz der in Deutschland stationierten Atomwaffen
- Schluss mit der deutschen Beihilfe zu völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und zum illegalen Drohnenkrieg, der über die US-Airbase Ramstein geführt wird.
- Für die Schließung aller US-Truppenstützpunkte und aller Kommandozentralen der USA und NATO in Deutschland
- Schluss mit der deutschen Beteiligung an der Atomkriegsstrategie der USA durch die sog. Nukleare Teilhabe. Die Bundesregierung muss dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und die Stationierung der US-Atomwaffen in Büchel aufkündigen.

Deutsche Rüstungsexporte verbieten

Deutschland liegt bei den Rüstungsexporten weltweit auf dem skandalösen vierten Rang. Kunden deutscher Waffenlieferanten sind diktatori-

Höhe der weltweiten Militärausgaben von 2005 bis 2021 (in Milliarden US-Dollar)



Quelle: statista.com

sche und kriegführende Staaten. Dazu gehört die Türkei, die einen blutigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt und völkerrechtswidrig nordsyrische Gebiete besetzt und bombardiert, um das demokratische, emanzipatorische Projekt in Rojava zu zerschlagen. Beliefert wird auch Saudi-Arabien für seine brutalen Angriffe gegen den Jemen.

Die todbringenden Geschäfte der Waffenhändler und Kriegsprofiteure müssen unterbunden werden, ebenso die Lizenzvergabe und die Verlagerung der Rüstungsproduktion ins Ausland.

Internationale Zusammenarbeit statt Konfrontation

Weltweit haben die Militärausgaben inzwischen die astronomische Summe von 2.100

Mrd. Dollar erreicht. Davon entfallen allein 1.190 Mrd. Dollar auf die NATO-Staaten. Das sind 18-mal so viel wie die Ausgaben Russlands und 4-mal so viel wie die Chinas. Ein Bruchteil dieser Milliarden würde ausreichen, um den weltweiten Hunger zu beenden, allen Menschen medizinische Versorgung und den Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Die gegenwärtigen und zukünftigen Krisen können nicht mit immer größeren Waffenarsenalen, nicht durch kapitalistische Konkurrenz und nicht durch Großmacht rivalität gelöst werden, sondern nur durch internationale Kooperation.

Um die größte Herausforderung unserer Zeit, die Klimakatastrophe aufzuhalten, sind internationale Kooperation und Investitionen in Billionenhöhe nötig. Doch selbst

In der Reihe *Der politische Film* zeigt das Forum Links im Taufkirchener Kino die Doku *Liebe, D-Mark und Tod*:

DER POLITISCHE FILM
Jeden 2. Donnerstag im Monat im Kinocafé Taufkirchen



LIEBE D-MARK UND TOD
ASK, MARK VE ÖLÜM

Zu Beginn der 60er-Jahre brachten Menschen aus der Türkei nicht nur ihre Arbeitskraft nach Deutschland, sondern auch ihre Sprache, Kultur und Musik. Es entstand eine lebendige Musikszene, die ihre Wurzeln in Anatolien, aber ihre Blütezeit in der Bundesrepublik hatte. Bis heute ist sie allgegenwärtig. Cem Kayas mitreißender Dokumentarfilm zelebriert 60 Jahre Musikkultur türkeistämmiger Migrant:innen in der BRD.

DONNERSTAG, 12.1.23 | 20:00
KINOCAFÉ TAUFKIRCHEN
Veranstalter: FORUM LINKS U.K.B. € 7,- www.forum-links.org

12.1.23 | 20 Uhr Liebe, D-Mark und Tod

Zu Beginn der 60er-Jahre brachten Menschen aus der Türkei nicht nur ihre Arbeitskraft nach Deutschland, sondern auch ihre Sprache, Kultur und Musik. Es entstand eine lebendige Musikszene, die ihre Wurzeln in Anatolien, aber ihre Blütezeit in der Bundesrepublik hatte. Bis heute ist sie allgegenwärtig. Cem Kayas mitreißender Dokumentarfilm zelebriert 60 Jahre Musikkultur türkeistämmiger Migrant:innen in der BRD.

Vor dem Film gibt es eine Einführung und danach eine Besprechung.

Nächster politischer Film am 9.2.23 ► forum-links.org/der-politische-film

die völlig unzureichenden Reparationszahlungen an die armen Länder des Südens für Klimaschäden werden nicht eingehalten.

Schluss mit der ökonomisch und militärisch erzwungenen Ausbeutung des globalen Südens!

Fluchtgründe beseitigen statt Flüchtende bekämpfen

Kriege, Klimawandel, Armut, politische Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen treiben Millionen Menschen zur Flucht. Nur wenige von ihnen erhalten in Deutschland Schutz. Die Bundesregierung ist für die meisten dieser Fluchtgründe mitverantwortlich. Ungerechte Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, Sanktionen und Krieg zerstören die Lebensgrundlagen in den Ländern des Globalen Südens. Doch Deutschland und die EU schotten sich ab, treiben Flüchtende unter Missachtung der Menschenrechte illegal zurück und lassen jedes Jahr Tausende im Mittelmeer ertrinken. Damit finden wir uns nicht ab. Schluss mit dieser zerstörerischen Politik!

Unsere Solidarität gehört allen Flüchtenden. Wir begrüßen die unkomplizierte Aufnahme der Menschen, die aus der Ukraine flüchten, fordern dies aber auch für alle anderen, die aus ihren Heimatländern fliehen müssen.

Frontex abschaffen, die Bekämpfung von Geflüchteten beenden! Kein Mensch ist illegal!

Geht mit uns auf die Straße für Abrüstung und gegen Kriegsvorbereitung, für weltweite soziale Gerechtigkeit, für Solidarität mit den Flüchtenden und für einen demokratischen, sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft.

Engagiert Euch – werdet aktiv, denn Friedenspolitik, Abrüstung und consequenten Klimaschutz wird es nur durch wachsenden gesellschaftlichen Druck und eine starke außerparlamentarische Bewegung geben.

Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz
► sicherheitskonferenz.de

Veranstaltung

Montag, 30.1.23
Im Rüstungswahn - Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung
Vortrag von Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung in Tübingen.
Beginn: 19:30 Uhr
Ort: Johanniscafé Dorfen
Veranstalter: AGI Dorfen, GEW KV Erding, Forum Links

Wir Linke und die Anderen

Oder: Wenn Rot zu sehr schwarz-weiß sieht

Am Beispiel der Corona-Krise möchte ich aufzeigen, dass große Teile „der Linken“ in ihrer Haltung (Bewertungen, Meinungen, Einordnungen, Sichtweisen, ..) gegenüber Corona-Protesten zu undifferenziert („irgendwie alles SchwurblerInnen, rechte EsoterikerInnen, FaschistenInnen...), bequem (einfache Schwarz-weiß-Feindbilder, Schubladendenken) und vorschnell waren. Diese Erzählung führt letztendlich zu einem selbstschädigendem Verhalten hinsichtlich der Chancen, Mehrheiten zur Umsetzung der eigenen politischen Ziele zu finden.

Zudem betreibt „die Linke“ ungewollt- das Geschäft des kapitalistischen Staates, dessen Machteliten durch smarte, repressive Methoden jede Form von für sie als störend oder gefährlich für ihr System definierten Widerstandes höchst wirksam neutralisieren. Der kapitalistische „demokratische“ Staat verfügt inzwischen über sehr ausgefeilte Mittel („Softpower“,

„Meinungs-Affekt-Management“), mit denen er auf der Klaviatur der Psyche seiner BürgerInnen spielt, und so kann er die Meinungsbildung und Affekte in geeigneter Weise steuern. Hierzu nutzt er die neuesten Forschungsergebnisse aus der neurobiologischen Wissenschaften und aus der Psychologie und Soziologie. Das oben genannte kann kaum noch als Macht erkannt werden und deshalb eine besonders negative manipulative Wirksamkeit entfalten.

Die erste Form der Macht („-Ausübung“) zielt auf den Körper der Bezugspersonen. Sie ist „grobmotorisch“ (Gewalt, Gefängnis, Folter) und wird besonders in offen totalitären Regimen praktiziert. Die zweite Form der Macht („-Ausübung“) zielt auf die Psyche der BürgerInnen. Dieser Zugriff auf die Psyche ist sehr viel wirksamer, „feinmotorischer“ und kostengünstiger als repressive, körperliche Methoden. Sie wird deshalb in sogenannten Demokratien bevorzugt. Sie

senkt für den kapitalistischen Staat das „demokratische Risiko“, zerstört gesellschaftliche Solidarität und stellt die kostengünstigste Form einer Revolutionsprävention dar.

Durch ausgefeilte Techniken der Indoktrination wie Angsterzeugung/Panikmache/Ablenkung/Stigmatisierung/Diffamierung/Desinformation/Heilsversprechen behindern oder vereiteln sie die freie Urteilsfindung der BürgerInnen. Jede emanzipatorische Forderung, grundsätzlicher Dissens usw., die die Stabilität der herrschenden Machtordnung stören oder gefährden, sollen so aus der öffentlichen Diskussion verbannt werden. Falls dies nicht gelingt, dann werden diese Forderungen deformiert und atomisiert. In Folge kommt es dadurch zu einer Spaltung der Gesellschaft.

Hier ein kurzer Schwenk zu der Rolle der etablierten (Mainstream-)Medien: Kann es in einer Gesellschaft, deren große Medien von parteipolitischen Vertretern ökonomi-

scher Machteliten kontrolliert werden oder mehrheitlich in Besitz von Privateigentum sind, überhaupt eine differenzierte, ausgewogene, journalistisch-professionelle Berichterstattung geben, z.B. bzgl. Protesten in der Corona-Krise?

Lassen wir noch einmal kurz die Corona-Krise Revue passieren: Ausgangspunkt war eine neue Situation mit wenig Bekanntem. Die VirologInnen wussten wenig, die PolitikerInnen waren unter Druck. (Unwissen einzugestehen birgt allerdings die Gefahr des Verlusts von Gefolgschaft, ob nun in der Politik oder im zuvor benannten Meinungs-Affekt-Management). Dies führte zuerst zu einer Panik bei den weltweiten ökonomischen und politischen Eliten, dann zu einem chaotischen Überbietungswettbewerb der Entscheidungsträger, durch möglichst drastische Maßnahmen, Führungskompetenz zu beweisen und somit das politische System weiter zu legitimieren („gesellschaftliche Zustimmung“, „Wahlverhalten“). Es war aber auch ein Feldexperiment, repressive Methoden weiterzuentwickeln, z.B. digitale Überwachung, Abschaffungsversuch des Bargeldes, usw. .

Die Corona-Krise zeigte deutlich den autoritären Geist des Kapitalismus, der die „demokratische Maske“ fallen ließ und autoritär durchregierte.

Die zuvor schon genannten Medien waren zum größten Teil sofort bereit, kritiklos der Regierungslinie zu folgen und deren Sprachrohr zu sein. Der öffentliche Debatte schumpfte extrem, abweichende Meinungen wurden ungehemmt und aggressiv diffamiert.

Da die Regierung nicht mit einem „Notstandsgesetz“ (wir erinnern: vorbelasteter historischer Begriff) regieren wollte, wählte sie den Begriff „Infektionsschutzgesetz“. Die daraus erfolgten Grundrechtseinschränkungen wurden und werden von vielen renommierten JuristInnen als beispiellos in der Geschichte der BRD angesehen (vgl. hierzu die entsprechenden Klagen erfolgten ersten Gerichtsurteile 2022). Ohne es hier vertiefen zu wollen, möchte ich an folgendes erinnern: Verbote, sich von sterbenden Angehörigen verabschieden zu können; Verbote, Angehörige im Alten- oder Pflegeheim besuchen zu können; Verbote für HeimbewohnerInnen, das Alten- oder Pflegeheim verlassen zu dürfen.

Mündigen BürgerInnen müsste jedoch ein gewisser Spielraum zugebilligt werden; Risiken im eigenen Leben selbst ermessen zu dürfen. Darüber hätte es aber eine öffentliche Debatte im Parlament, in den Medien usw. ohne Anfeindung

gen, Stigmatisierungen oder ähnliches geben müssen. Proteste, Demos gegen die Gefahr von bzw. Beschränkungen von Grundrechten als Übergriff des Staates bzw. gegen eine freiwillige Selbstentmündigung kann! ein berechtigtes Anliegen der DemonstrantInnen sein. Aber sind alle ausschließlich nur! „QuerdenkerInnen“, „SchwurblerInnen“, rechte EsoterikerInnen oder gar Rechtsextreme? Gesetzt sei hierbei natürlich die selbstverständliche Abgrenzung von eindeutigen, rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Äußerungen oder Verhalten von DemonstrantInnen!!! Große Teile der Linke waren und sind hier aber zu undifferenziert und bequem. Sie diffamieren und stigmatisieren alle Protestierenden vorschnell genauso wie das der kapitalistische Staat tut und spielen ihm somit - Stichwort: „Spaltung der Gesellschaft“ - in die Hände.

Ein kleines passendes Beispiel sei hierfür der Vortrag von Robert Andreasch vom A.I.D.A. in Dorfen am Samstag 5.12.22. Vorab: Ich schätze ihn als mutigen, kompetenten Journalisten und habe selbst vor ca. 10 Jahren beruflich mit ihm zu tun gehabt. Bei seinem Vortrag jedoch, bei dem es die ersten 45 min über die „Pandemie-Leugner“ ging, hörte ich keine differenzierte Bewertung. Statt dessen

enttäuschte mich der Vortrag zu diesem Aspekt durch meiner Meinung nach Verwechslung von Meinungen und Tatsachen, unzulässigen Verallgemeinerungen und einfach gestrickten Schwarzweiß-Feindbildern und einer großen Schublade mit der Aufschrift: „Irgendwie alles „SchwurblerInnen“, „rechte EsoterikerInnen“, Rechts-extremistInnen“, in der alle sog. „Pandemie-Leugner“ ausnahmslos verschwanden. Schade!!!

Und auch auf die Sichtweise bzgl. der Rolle eines kapitalistischen Staates stellt sich die Frage, ob viele Linke hier nicht etwas falsch verstehen: Geht man etwa stillschweigend davon aus, dass das vorrangige Ziel des Staates wäre, die Gesundheit der BürgerInnen zu schützen? Dies wäre zu diskutieren! Der kapitalistische Staat hat nie primär dem Allgemeinwohl der BürgerInnen gedient, denn er ist kein moralischer Akteur; er hat weder Interesse am Gemeinwohl noch an der Gesundheit seiner BürgerInnen. Sonst gäbe es keine Ökonomisierung des Gesundheitswesens, keine gesundheitlich negativen Folgen bei Hartz 4-EmpfängerInnen, keine psychisch neg. Folgen bei prekären Arbeitsverhältnissen, keine Verarmung großer Bevölkerungsschichten zugunsten des Reichtums weniger Menschen.

Der Schein, den der Staat mit der vermeintlich gesundheitlichen Fürsorgepflicht und deren Maßnahmen daraus in der Corona-Krise aufbaut, dient fast ausschließlich der Aufrechterhaltung der als wichtig definierten kapitalistischen Produktionsprozesse und seiner Selbstlegitimation. Als Linke aktiv zu versuchen, in den sog. Anti-Corona-Protesten eine Hoheit zumindest anzustreben (eigene RednerInnen, eigene Narrative...) um einerseits für eine Abgrenzung gegen rechts zu sorgen und andererseits zu versuchen, die berechtigten Empörungs- und Wutgefühle in ein emanzipatorisches linkes Denken bzw. übergeordnete politische Ziele „einzubetten“, hätte eine angemessene Strategie sein können. Sozusagen die Protest-Dynamik nutzen und in bestimmte Kanäle leiten, um ihnen ein stärkeres gesellschaftlich - politisches Gewicht zu geben.

Mit Mini-Anti-Demos von außen am „antifaschistischen Gartenzaun“ zu stehen, und undifferenziert diffamierende Etikettierungen aller ProtestteilnehmerInnen vorzunehmen, ist bestenfalls kurzfristig, es schadet aber sicher dem Ansehen und den Zielen der „Linken“.

Und die Anti-Corona-Proteste stehen nur als Beispiel für die folgenden, sich schon abzeichnenden neuen Proteste

bzw. Bewegungen: Energiepreis, Verarmung, Anti-Ukraine-Krieg, Klima...

Dank dem Meinungsmanagement des Staates wurden schon früh in der Corona-Krise die falschen Fragen gestellt („wenn sie es schaffen, dass du die falschen Fragen stellst, brauchen sie sich über die Antworten keine Sorgen machen“). Und diese bestimmen und lenken die öffentlichen Debatten und Denkweisen.

Die Fragen nach den Wurzeln von Missständen, z.B. Pflege-notstand, werden jedoch zu selten und zu leise gestellt. So verbrauchen sich die Kräfte berechtigter gesellschaftlicher Veränderungsbedürfnisse in Kämpfen einer gespaltenen Gesellschaft, in der jede Solidarität stirbt.

So und nicht anders funktioniert die effektive Stabilisierung des herrschenden Systems ! Dieser Beitrag soll ausdrücklich als Diskussionsanregung verstanden werden.

MS

PS: der Autor ist Impfbefürworter und geimpft.

Literaturhinweise:

- Daniela Dahn/Raine Mausfeld: Tamtam und Tabu
- Rainer Mausfeld: Warum schweigen die Lämmer
- Alex Carey: Taking the Risk out of Democracy. Corporate Propaganda versus Freedom and Liberty

Termine

Mehr Infos zu den Terminen sowie mögliche Aktualisierungen gibt's auf ► agi-dorfen.org/termine

2.1.23 | 20:00

Treffen AG International

Ort: Dorfen/Privat

12.1.23 | 20:00

Liebe, D-Mark und Tod – In der Reihe „Der politische Film“ zeigt das Forum Links eine neue Doku über 60 Jahre Musikkultur türkeistämmiger Migrant:innen in der BRD.

Ort: Kinocafé Taufkirchen

13.1.23 | 19:00

KUKO - Kritik, Utopie, Kai-rós, Organisation - Vortrag von Alexander Neupert-Doppler über das Verhältnis von Kritik und Utopie, historische Gelegenheiten und die Notwendigkeit, sich zu organisieren

Ort: Hochschule Landshut

Veranst.: (in)visible borders

15.1.23 | 10:00

Luxemburg-Liebknecht-

Demo – Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Lieb-knecht, für Frieden und internationale Solidarität, gegen Ausbeutung, gegen den Abbau demokratischer Rechte und das Anwachsen faschisti-scher Gefahren.

Ort: Berlin, U-Bhf. Frankfur-ter Tor

16.1.23 | 20:00

Treffen AG International

Ort: Dorfen/Privat

24.1.23 | 19:00

Themenfeld Prostitution - Mythen und Fakten - Vor-

trag von Michaela Fröhlich

Ort: Hochschule Landshut

Veranst.: (in)visible borders

28.1.23 | 15:00

Kick them Out! Demo gegen das Rosenheimer AfD-Büro

Ort: Rosenheim, Salingarten

30.1.23 | 19:30

Im Rüstungswahn - Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Milita-risierung Vortrag von Jürgen

Wagner von der Informa-

tionsstelle Militarisierung in Tübingen.

Ort: Johanniscafé Dorfen

31.1.23 | 19:30

Wie entsteht Inflation und wer sind die Gewinner und Verlierer? Vortrag des ISW München e.V.

Ort: Rosenheim, Z

9.2.23 | 20:00

Oeconomia

In der Reihe „Der politische Film“ zeigt das Forum Links eine Doku über Verschuldung und Wachstum im heutigen Kapitalismus

Ort: Kinocafé Taufkirchen

13.2.23 | 20:00

Treffen AG International

Ort: Dorfen/Privat

18.2.23 | 13:00

Demonstration gegen die Münchener NATO-(„Sicherheits“-)konferenz

Ort: München

20.2.23 | 20:00

Treffen AG International

Ort: Dorfen/Privat

6.3.23 | 20:00

Treffen AG International

Ort: Dorfen/Privat

**SOLIDARITÄT
VERBINDET**



ROTE HILFE

Ortsgruppe Landshut
landshut@rote-hilfe.de